

URGENT ACTION

DROHENDES ANTI-NGO-GESETZ

VENEZUELA

UA-Nr: UA-008/2023-1 AI-Index: AMR 53/7602/2024 Datum: 18. Januar 2024 – mr

NGOS IN VENEZUELA

Am 9. Januar nahm die Nationalversammlung erneut die Debatte zu einem Gesetzentwurf auf, der darauf abzielt, in Venezuela tätige NGOs einzuschränken und möglicherweise zu kriminalisieren und zu schließen. Dieser Gesetzentwurf wurde am 24. Januar 2023 in einer ersten Abstimmung angenommen, und die endgültige Verabschiedung könnte unmittelbar bevorstehen. Sollte der Gesetzentwurf in Kraft treten, müssten sich alle NGOs an menschenrechtswidrige Vorgaben halten, um nicht strafrechtlich verfolgt zu werden. Amnesty fordert die Nationalversammlung nachdrücklich auf, dieses Gesetzesvorhaben sofort zu stoppen und alle Angriffe auf die Zivilgesellschaft einzustellen.

Es ist besorgniserregend, dass die venezolanische Nationalversammlung die Debatte des Gesetzentwurfs mit dem Namen „Gesetz über die Überprüfung, Regulierung, Tätigkeit und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen“, mit dem gegen die im Land tätigen NGOs vorgegangen werden soll, wieder aufgenommen hat. Die darin enthaltenen Maßnahmen würden das Recht auf Vereinigung, die Privatsphäre und andere Rechte verletzen und sowohl die NGOs als auch diejenigen, denen sie zugutekommen, dem Risiko von Kriminalisierung und Repressalien aussetzen.

Dieser Gesetzentwurf ist ein weiterer Versuch, Nichtregierungsorganisationen, die ein unverzichtbarer Teil der venezolanischen Gesellschaft sind, zu kontrollieren, einzuschränken und möglicherweise strafrechtlich zu verfolgen. Vor dem Hintergrund der möglichen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024 ist dieses Vorgehen besonders beunruhigend. Der Inhalt des Gesetzentwurfs verstößt gegen internationale Menschenrechtsnormen und -standards und stellt eine Bedrohung für die Arbeit von NGOs, humanitären Organisationen und weiteren Vertreter*innen der venezolanischen Zivilgesellschaft dar. Mit dem Gesetzentwurf wird versucht, deren lebenswichtige Arbeit zur Unterstützung der gefährdetsten Menschen im Land einzuschränken.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Zu den bisherigen Versuchen der Regierung, die venezolanische Zivilgesellschaft zu kontrollieren und anzugreifen gehören die Verwaltungsverordnung Nr. 001 aus dem Jahr 2021 und das sogenannte „Gesetz über die Internationale Zusammenarbeit“ („Ley de Cooperación Internacional“) aus dem Jahr 2022. Amnesty International verurteilte beide dieser Initiativen öffentlich und reagierte auf erstere mit der Urgent Action 046/2021 und auf letztere mit einem Offenen Brief an Präsident Nicolás Maduro, der von über 500 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschrieben wurde. Die Verwaltungsverordnung Nr. 001 wurde damals durch neue Verordnungen der venezolanischen Regierung ersetzt, durch die zumindest die problematischsten Elemente der vorherigen Gesetzgebung wieder rückgängig gemacht werden konnten – darunter die Pflicht, die von der NGO unterstützten Personen innerhalb einer einmonatigen Frist offenzulegen, und die Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung von NGOs im Falle der Unterlassung. Über das „Ley de Cooperación Internacional“ stimmte die Nationalversammlung schlussendlich nie ab.

Die aktuelle Gesetzesvorlage ist unter dem Namen „Gesetz über die Überprüfung, Regulierung, Tätigkeit und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen“ („Ley de fiscalización, regularización, actuación y financiamiento de las organizaciones no gubernamentales y afines“) ein weiterer Versuch, die venezolanische Zivilgesellschaft einzuschränken und zu kontrollieren. Das Gesetz würde bei seiner Verabschiedung strenge Kontrollen mit sich bringen, darunter die Pflicht, Listen mit Informationen über die Mitglieder und das Personal, deren Vermögenswerte, die Spender*innen und die Finanzen der Organisation einzureichen. Die Nichteinhaltung dieser Vorschriften könnte zur Schließung zivilgesellschaftlicher Organisationen und möglicherweise zu ihrer strafrechtlichen Verfolgung führen. Am 24. Januar 2023 wurde erstmals in der

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Nationalversammlung über die neue Gesetzesvorlage diskutiert und abgestimmt. Sie wurde angenommen und durchläuft nun das Gesetzgebungsverfahren, sofern das Verfahren nicht aufgehoben wird.

Menschenrechtsverteidiger*innen sind in Venezuela ständig der Gefahr von Schikane, Angriffen und möglicher Inhaftierung ausgesetzt. Der Menschenrechtsverteidiger, gewaltlose politische Gefangene und Leiter der örtlichen NGO *FundaREDES*, Javier Tarazona, befindet sich weiterhin in Haft und wird für seine Verteidigung der Menschenrechte strafrechtlich verfolgt. Wir fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Die Regierung unter Nicolás Maduro fährt eine repressive und auf Schikane, Strafverfolgung und Zensur beruhende Linie gegen Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Rechte der Venezolaner*innen einsetzen. In Venezuela herrscht derzeit eine komplexe humanitäre und menschenrechtliche Krise, die dazu geführt hat, dass zahllose Menschen bereits das Land verlassen haben, um im Ausland Schutz zu suchen. Im Dezember 2022 hatten bereits 7,1 Millionen Menschen das Land verlassen.

Seit 2020 konnte die unabhängige internationale Ermittlungsmission für die Bolivarische Republik Venezuela in drei Berichten zahlreiche seit 2014 begangene Menschenrechtsverletzungen ausführlich dokumentieren, darunter außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen sowie Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafen. Die Berichte kommen zu dem Schluss, dass die Regierung das Rechtssystem als Instrument der Unterdrückung missbraucht habe und dass die dadurch begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen könnten.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, TWITTER-NACHRICHTEN, LUFTPOSTBRIEFE ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, diese Gesetzesvorlage in der Nationalversammlung umgehend zu stoppen und jegliche Angriffe, Kontrollversuche, strafrechtliche Verfolgung und Zensur von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für den Schutz der Rechte aller Venezolaner*innen und insbesondere der Schutzbedürftigsten unter ihnen einsetzen, zu unterlassen.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PRÄSIDENT DER NATIONALVERSAMMLUNG

Jorge Rodriguez
Esqs. Monjas a San Francisco
Hemiciclo. Palacio Federal Legislativo
Carmelitas, Av Sur 2
Caracas, Distrito Capital, VENEZUELA
(Anrede: Dear President of the National Assembly / Sehr geehrter Herr Präsident der Nationalversammlung)
Twitter: @jorgepsuv, cc : @volker_turk

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER BOLIVARISCHEN REPUBLIK VENEZUELA

S.E. Herr Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Schillstraße 10
10785 Berlin
Fax: 030 – 83 22 40 20
E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Da Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **14. März 2024** keine Appelle mehr zu verschicken. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch.

Weitere Informationen zu **UA-008/2023** (AMR 53/6379/2023, 25. Januar 2023)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I call upon you to put an immediate stop to this bill in the National Assembly, and to stop all efforts to attack, control, prosecute, or censor civil society organizations working to protect the rights of all Venezuelans, particularly those in most need.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

